

6. Modellversuch «Bedingungsloses Grundeinkommen»

Antrag des Regierungsrates vom 7. Juli 2021 zur Einzelinitiative KR-Nr. 8/2020 und geänderter Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 24. Juni 2022

Vorlage 5732a

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Präsident der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt Ihnen mit 9 zu 5 Stimmen, die Einzelinitiative betreffend «Modellversuch bedingungsloses Grundeinkommen» abzulehnen. Mit der im Januar 2020 eingereichten Einzelinitiative wurde vom Initianten, Herrn Urs Kaltenrieder, gefordert, einen Modellversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen im Kanton Zürich durchzuführen. Gestützt auf diesen Versuch hätten die Auswirkungen eines solchen Konzepts auf Gesellschaft, Wirtschaft und Staat analysiert werden sollen. Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse sollten daraufhin öffentlich publiziert werden.

Der Kantonsrat hat die Einzelinitiative im Mai 2020 mit 61 Stimmen vorläufig unterstützt, worauf das Geschäft dem Regierungsrat mit Bitte um Antrag und Bericht zugestellt wurde. Der Regierungsrat hat dann entsprechend im Juli 2021 eine Vorlage verabschiedet, in welcher er dem Kantonsrat die Ablehnung der Einzelinitiative beantragt und zudem auch auf den Entwurf eines Gegenvorschlags verzichtet hat.

Die Kommission hat sich dann nach Vorliegen des regierungsrätlichen Berichts intensiv mit dem Thema des bedingungslosen Grundeinkommens und der Durchführung eines Modellversuchs auseinandergesetzt. Ziemlich rasch ist sie dabei auf Versuche im Ausland gestossen. Vor allem mit dem derzeit in Deutschland stattfindenden Modellversuch hat sich die Kommission daraufhin während mehreren Sitzungen eingehend befasst. Unter anderem hat sich die STGK zum deutschen Versuch von Professor Dominik Enste vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln, und von Professor Jürgen Schupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin informieren lassen. Dabei hat die Kommission auch über Chancen und Risiken des bedingungslosen Grundeinkommens intensiv diskutiert. Gestützt auf diese Beratungen ist die Kommissionsmehrheit zum Schluss gekommen, dem Kantonsrat die Ablehnung der Einzelinitiative zu beantragen. Grund dafür waren für die Kommissionsmehrheit nicht nur die Kosten eines solchen Versuchs. Ebenso wenig konnte sie aufgrund des gut funktionierenden Sozialsystems in der Schweiz ein Bedürfnis nach alternativen Modellen feststellen. Zudem könnten nach Ansicht der Mehrheit mit dem bedingungslosen Grundeinkommen falsche Signale für den sozialstaatlichen Bereich gesendet werden. So könnte es etwa zu nicht gewollten Verhaltensanpassungen wie etwa dem Austritt aus dem Arbeitsmarkt kommen. Ebenso birgt das bedingungslose Grundeinkommen nach Ansicht der Mehrheit die Gefahr in sich, das Sozialversicherungssystem zu korrumpieren. Dieses setzt bekanntlich ausdrücklich eine Leistung für die Geltend-

machung eines Bedarfs voraus. Die Bedingungslosigkeit von Leistungen ist entsprechend im schweizerischen Sozialsystem nicht angedacht und deshalb wohl kaum in dieses implementierbar. Zusammengefasst hat die Kommission für eine weitere Beschäftigung mit dem bedingungslosen Grundeinkommen im Rahmen eines Modellversuchs schlichtweg weder einen gesellschaftlichen noch einen politischen Bedarf festgestellt.

Eine Minderheit, bestehend aus SP und Grünen, unterstützt die Einzelinitiative. Sie erachtet das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens als prüfenswert und möchte, dass empirische Daten dazu gesammelt werden. Dabei vertritt sie die Haltung, dass für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema bislang die entsprechenden Daten fehlen. Ob es zu den von der Kommissionsmehrheit befürchteten gesellschaftlichen Auswirkung kommt, möchte sie im Rahmen des vorgeschlagenen Modellversuchs entsprechend untersuchen lassen.

Namens der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, dem Mehrheitsantrag zuzustimmen und somit die Einzelinitiative abzulehnen. Besten Dank.

Minderheitsantrag Davide Loss (in Vertretung von Nicola Yuste), Isabel Bartal, Urs Dietschi, Michèle Düнки-Bättig, Silvia Rigoni:

I. Der Einzelinitiative KR-Nr. 8/2020 von Urs Kaltenrieder, Regensdorf, betreffend Modellversuch «Bedingungsloses Grundeinkommen» wird zugestimmt.

II. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, die dem Begehren der Einzelinitiative KR-Nr. 8/2020 von Urs Kaltenrieder, Regensdorf, betreffend Modellversuch «Bedingungsloses Grundeinkommen» entspricht.

III. Mitteilung an den Regierungsrat und Urs Kaltenrieder, Regensdorf.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Wort zur Begründung des Minderheitsantrags hat Davide Loss, Thalwil. Aha, offenbar spricht Nicola Yuste, Zürich, anstelle von Davide Loss.

Nicola Yuste (SP, Zürich): Vielen Dank, Herr Loss hat mich in der Kommission vertreten, deswegen kam es zu dieser Verwechslung.

Debatten über das Grundeinkommen können episch werden und ganze Seminare füllen, diese Erfahrung hat auch die STGK gemacht. Befürwortende findet man vom linken bis ins liberale Lager, die im Grundeinkommen die Rettung der Marktwirtschaft sehen. Ebenso breitgefächert ist die Seite der Kritikerinnen und Kritiker. Eine Debatte über Sinn und Unsinn eines Grundeinkommens in der Schweiz ist aber immer eines: theoretisch. Welche Auswirkungen hätte das Grundeinkommen auf unsere Gesellschaft, auf unsere Wirtschaft, auf unsere Sozialsysteme? Wie würde sich ein Grundeinkommen auf das Verhalten von Ihnen ganz persönlich auswirken? Was würden Sie ändern, weitermachen, neu beginnen oder alles so sein lassen? Welche Auswirkungen hätte das Grundeinkommen auf heute unterbezahlte oder gänzlich unbezahlte Arbeit wie die Pflege Angehöriger? Würden Sie weiterhin einem undankbaren Niedriglohnjob nachgehen? Oder würden wir solche Arbeit als Folge vielleicht besser, gerechter entlohnen? Kann ein

Grundeinkommen vielleicht wirklich die Marktwirtschaft retten in Zeiten, in denen immer mehr Arbeitnehmende durch Maschinen und Algorithmen abgelöst werden? Wie hoch müsste ein solches Grundeinkommen überhaupt sein? Und wie würden wir es finanzieren? Ich bin sicher, ich werde im Verlauf der heutigen Debatte spannende Thesen über diese Fragen hören, aber eines werden sie alle gemeinsam haben: Es sind reine Annahmen, denn wir wissen es schlicht nicht. Es gibt keinerlei Evidenz für die Schweiz, und Studien aus dem Ausland sind auf unseren Kontext nur sehr bedingt anwendbar. Wir sind eben nicht Deutschland. Die Einzelinitiative von Herrn Kaltenrieder will dies ändern, indem sie verlangt, dass der Kanton einen Modellversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen durchführt und dabei die Auswirkungen auf einzelne Bürgerinnen und Bürger sowie auf Gesellschaft, Wirtschaft und Staat analysiert. Heute kann kaum jemand die Chancen und Risiken einer Umsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens seriös beurteilen. Ein Modellversuch in einer Versuchsanlage mit repräsentativer Beteiligung aus allen Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten hingegen würde eine faktenbasierte Grundlage für den politischen Diskurs schaffen. Leider lehnte bereits die Regierung das Ansinnen ab, einerseits, weil die Umsetzung aufwendig wäre, und andererseits, weil die Regierung nicht an systemische Vorteile des Grundeinkommens glaubt. Auch in der STGK erntete die Idee nicht viel Beifall, und dies, obwohl alle angehörten Professoren anerkennen, dass es insgesamt wenig und in der Schweiz gar keine empirischen Daten zu den Auswirkungen des Grundeinkommens gibt. Wir bedauern dies, denn ohne staatliche Unterstützung lassen sich die Auswirkungen eines Grundeinkommens im Kanton nicht evaluieren.

Trauen wir uns, neue Konzepte zu testen und gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse zukunftsfähige Politik zu machen? Bitte stimmen Sie für den Minderheitsantrag.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Redezeit beträgt jetzt fünf Minuten.

Diego Bonato (SVP, Aesch): Das bedingungslose Grundeinkommen ist und bleibt eine utopische Idee. Utopisch heisst: Die Idee existiert als Fantasie, kann aber mit der Wirklichkeit nicht vereinbart werden. Warum kann die utopische Idee des bedingungslosen Grundeinkommens nicht verwirklicht werden? Meines Erachtens aus zwei Gründen: einerseits, weil die Idee nicht finanzierbar ist, und andererseits, weil hinter der Idee eine Philosophie steckt, die bürgerlichen Werten diametral widerspricht.

Also erstens, weil sie nicht finanzierbar ist: Dieses Argument hat bei der eidgenössischen Abstimmung zum bedingungslosen Grundeinkommen 2016 den Ausschlag gegeben. Die Nichtfinanzierbarkeit führte zu einer deutlichen Ablehnung dieser Idee mit einem Drei-Viertel-Nein-Stimmen-Anteil. An Zahlen kommen Sie bei mir nicht vorbei, ich bin zu finanzaffin: Auf den Kanton Zürich umgemünzt hätte ein bedingungsloses Grundeinkommen von monatlich 2500 Franken – bitte, das war die Initiative, die das sagte – bei einer berechtigten Anzahl Erwachsener von einer Million im Kanton Zürich einen Finanzbedarf von jährlich – bitteschön,

jährlich – 30 Milliarden Franken. Wenn man das auf 1000 Franken pro Monat reduziert – denn 30 Milliarden sind irgendwie schon absurd –, kommt es zu einem Finanzbedarf von jährlich – bitteschön jährlich – 12 Milliarden Franken. Das eben erst veröffentlichte Budget des Kantons Zürich für das kommende Jahr 2023 würde auf den Kopf gestellt. Es weist einen Gesamtaufwand von 18 Milliarden Franken aus, davon für Soziales und Prämienverbilligung rund 3 Milliarden. Dies ist das, was ersetzt werden soll durch ein Grundeinkommen, theoretisch. Differenz: 9 Milliarden Franken. Die Steuern im Kanton Zürich müssten verdoppelt werden, machen sie doch ziemlich genau 9 Milliarden Franken aus.

Aber die Einzelinitiative will ja gar nicht das bedingungslose Einkommen einführen, nein, nein, die Initiative will ja nur einen Test. Es geht also darum, mit diesem Test herauszufinden, ob die 9 bis 30 Milliarden nicht doch finanziert werden könnten. Die Kosten für den Test selbst werden nirgendwo irgendwie quantifiziert. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, dass die finanziellen Auswirkungen des Tests kaum abschätzbar sind. Es gäbe kaum praktische Erfahrungen. Falsche Adresse bei mir, ich bin zu finanzaffin, auch für einen Modellversuch müssen die Kosten geschätzt werden. Es gibt sehr wohl praktische Erfahrung mit einem Modellversuch, nämlich in Finnland. Dieser Versuch wurde nach drei Jahren abgebrochen. 2000 Personen hatten daran teilgenommen. Dieser Versuch erwies sich schlicht als untauglich, um irgendwelche repräsentativen Folgen daraus abzuleiten. Die Kritik war, dass eine viel zu kleine Anzahl an Personen daran teilgenommen hat. Eine Verzehnfachung wäre wohl gut, und zudem mit Personen in unterschiedlichsten Alter. Bei 20'000 Personentests mit 2'500 Franken ergibt das jährlich 60 Millionen Franken Aufwand; das für eine Utopie, die bürgerlichen Werten diametral widerspricht. Wieso denn das?

Ich komme zum zweiten Grund: Wieso die utopische Idee des bedingungslosen Grundeinkommens nicht verwirklicht werden kann, ist, weil diese Idee einer Philosophie entspringt, die in unserer realen Welt bereits grossartig gescheitert ist. Es ist dies die Philosophie vom Denker und Ideologen Karl Marx. Karl Marx hat über Arbeit und Kapital nachgedacht und er hat insbesondere eine grosse Utopie: Es ist dies die Idee, dass ein Mensch auf unserer Erde kein Eigentum haben darf. Ein Mensch darf kein Eigentum haben, weil das Kapital allen gehören muss und nicht einzelnen. Mit Zwang erreicht man aber nichts, auch nicht mit Kommunismus à la Marx. Man will uns immer noch – auch heute noch – eine Utopie aufzwingen ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.*

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Wir Grünen werden dem «Modellversuch bedingungsloses Grundeinkommen» zustimmen. Den Modellversuch sollten wir wagen, um mehr als nur die Theorie zu kennen. In unserer Gesellschaft, in unserer Gemeinschaft können nicht alle Menschen, aus welchen Gründen auch immer, den Anforderungen an das Leben und den Arbeitsmarkt gerecht werden und sind deshalb auf den Sozialstaat angewiesen, ein Sozialstaat, der von vielen der darauf Angewiesenen, auch von Aussenstehenden, vielfach auch als repressiv wahrgenommen und empfunden wird: akribisch den Lebensstil nachweisen, regelmässig das Leben oder was davon übrigbleibt, vor eigentlich fremden Personen auf dem

Sozialamt ausbreiten und über alles und jedes Rechenschaft ablegen, immer in der Hoffnung, nicht Sanktionen anheimzufallen. Gesellschaftspolitisch werden die betroffenen Menschen vielfach ausgegrenzt und als faul und bequem hingestellt, von Sozialdetektiven überwacht und kontrolliert; eine Situation, die auch Gesunde, müssten sie ihr Leben ständig ausbreiten und würden überwacht, krank machen könnte und sehr belastend sein kann. Wissenschaftlich bewiesen ist, dass Sozialhilfebeziehende einen deutlich schlechteren Gesundheitszustand aufweisen als die Restbevölkerung, auch im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen in prekären finanziellen Verhältnissen.

Auf der anderen Seite des gesellschaftlichen Spektrums werden von den Habenden geschätzt jährlich über 20 Milliarden Franken schweizweit an Steuern hinterzogen, wogegen sich der mutmassliche Sozialhilfebetrug mit rund 80 Millionen Franken schweizweit geradezu lächerlich klein ausnimmt. Es ist klar und unumstritten, dass es auf beiden Seiten des Spektrums unehrliche Menschen, Betrügende gibt. Beides ist nicht richtig und gehört verfolgt und bestraft. Der Fokus aus gesellschaftlicher Sicht ist allerdings sehr einseitig gerichtet, ein klares Missverhältnis in der Gesellschaft. Das Ungleichgewicht ist offensichtlich. Die am äussersten Rand der Gesellschaft lebenden Menschen werden akribisch überwacht, währendem die politische Mehrheit nicht willens ist, die Habenden mit gleichen Massnahmen einzudecken.

Das bedingungslose Grundeinkommen würde einerseits auf den Sozialstaat angewiesenen Menschen eine gewisse Freiheit geben, ihnen Würde zurückgeben und hätte auch einen positiven Effekt auf deren Gesundheit, weil der Druck sich auf Teufel komm raus im Arbeitsmarkt oder gesellschaftlich bewähren zu müssen, kleiner wäre. Ausserdem könnten die Sozialämter von unnötigem und zeitraubendem Überwachungs- und Kontrollkram befreit und entschlackt werden, sich dem Sozialen, der menschlichen Betreuung der betroffenen Personen zuwenden. Ich bin überzeugt, dass sich auf diesem Weg die Sozialkosten mindern liessen.

Zeigen Sie Menschlichkeit und stimmen Sie mit uns! Wir Grünen, wie gesagt, begrüessen den Modellversuch des bedingungslosen Grundeinkommens.

Fabian Müller (FDP, Rüschlikon): Der Einzelinitiant und seine 61 Unterstützerinnen und Unterstützer haben den Kantonsrat und vor allem die beratende Kommission auf eine erstaunliche und auch etwas abenteuerliche Reise geschickt: von Alaska und Kanada, wo offenbar universalistische Leistungen ausbezahlt werden, über Island, wo eine – Zitat – «alternative Zukunft» gefordert wird, bis ins Himalaya-Königreich Bhutan mit seinem «Bruttonationalglück»-Index ging es dann wieder zurück nach Zürich, das in diesem Reigen nach dem Willen von SP und Grünen natürlich nicht fehlen darf. So beriet die Kommission ausführlich – für unseren Geschmack deutlich zu ausführlich – und fernab der Niederungen der kantonalen Realpolitik über die Zukunft des «Homo oeconomicus» und der «Freedom to say <no>». Herausgekommen ist, was wir am Anfang im Prinzip schon wussten: Die Durchführung eines Feldversuchs wäre für den Kanton Zürich eine Riesenübung. Der Initiant formuliert nämlich das nicht ganz unbescheidene Ziel, die Auswirkungen dieses Grundeinkommens auf einzelne Bewohnerinnen

und Bewohner sowie die Gesellschaft, die Wirtschaft und den Staat analysieren zu wollen. Das betreffe wohl das Steuergesetz, das Sozialhilfegesetz, das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung. Der Regierungsrat muss das natürlich konkretisieren, der Kantonsrat Vorlagen ausarbeiten, und dies bei unklaren finanzrechtlichen und finanziellen Konsequenzen.

Das nimmt natürlich nur auf sich, wer sich von diesem Vorhaben einen Nutzen erhofft, und – das haben Sie gemerkt – das ist bei uns nicht der Fall, gerade auch aufgrund der Annahmen, die dieser Einzelinitiative zugrunde liegen: etwa die Annahme, dass sich der technische Fortschritt negativ auf die Arbeitsmarktsituation auswirke. Das wurde 100-mal widerlegt, im hochtechnisierten Kanton Zürich herrscht faktisch Vollbeschäftigung. Der technische Fortschritt schafft jede Menge interessanter Jobs und auch der Sozialstaat ist gut ausgebaut. Dann die Annahmen zum Glücksempfinden oder auch zum Glücklichsein der Menschen, die tönen dann schon ein bisschen origineller. Demnach wären wir glücklicher, wenn die Automaten für uns arbeiten würden und wir uns auf Spannenderes konzentrieren könnten. Bedürftige werden glücklicher, wenn sie ihre Bedürftigkeit nicht nachweisen müssten. Das könnte aber auch zu Antriebslosigkeit führen, das macht auch krank, Herr Dietschi. Ganz unberücksichtigt bleibt in diesem Kontext natürlich das Glück derjenigen, die das Ganze finanzieren und die womöglich keine Freude daran haben, wenn ihr erarbeitetes Geld ihren leistungsfähigen, aber tiefenentspannten Zeitgenossen bedingungslos zukommt.

Ein solcher Versuch wäre also enorm aufwendig mit fragwürdigen Annahmen für ein fragwürdiges Ziel, ohne dass er mutmasslich – und das ist das Schlimmste – auf die Fragen wenigstens Antworten liefern könnte. Denn die Sache ist zu komplex und zu langfristig, der Versuch ist unnötig. Wir erachten es nicht als die Aufgabe des Kantons, hier mitzumachen, sind aber zuversichtlich, dass sich andere Akteure mit postmaterialistischem Faible finden lassen werden, die zu diesem Anliegen noch so gerne experimentieren und brainstormen und Zukunftswerkstätten veranstalten werden. Viel Glück! Wir sind der Meinung, dass letztlich jeder seines Glücks eigener Schmid ist, auch ohne kommunitären Obolus. Und abgesehen davon haben wir gerade noch ein paar andere Probleme zu lösen. Wir empfehlen Ihnen, auf diesen Versuch zu verzichten.

Walter Meier (EVP, Uster): Urs Kaltenrieder hat anfangs 2020 eine Einzelinitiative eingereicht, mit welcher er einen Modellversuch für ein bedingungsloses Grundeinkommen fordert. Am 18. Mai 2020 hat dann der Kantonsrat die EI mit 61 Stimmen vorläufig unterstützt.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Einkommen von vielleicht 1200 Euro, in der Schweiz vermutlich eher 2500 Franken, welches jedem Einwohner monatlich ausbezahlt wird. Die Idee ist, dass mit dem Grundeinkommen sämtliche Sozialhilfe und fast alle Auszahlungen von Sozialversicherungen obsolet würden und auch das Steuersystem radikal vereinfacht werden könnte. Selbstverständlich darf oder soll man trotzdem arbeiten und Geld verdienen über das Grundeinkommen hinaus. Aber der Druck, arbeiten zu müssen, wird durch das

Grundeinkommen minimiert. Und da mit dem Grundeinkommen der Lebensunterhalt gesichert ist respektive sein sollte, kann man sich, falls gewünscht, freiwillig engagieren. Zum Beispiel oder zudem könnten neue kreative Berufe entstehen, da der Druck, durch Arbeit Geld für das Überleben zu verdienen, nicht mehr höchsten Stellenwert hat.

In Berlin läuft ein Pilotversuch mit etwa 100 Personen. Diese erhalten monatlich 1200 Euro während dreier Jahre. Die Kosten für diesen Pilotversuch werden privat finanziert, mit Spenden. Zitat von der Homepage: «Die gemeinsame Studie des DIW Berlin (*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung*) und des Vereins Mein Grundeinkommen soll erstmals Grundlagenforschung zum bedingungslosen Grundeinkommen liefern. Die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen ist von ideologischen Glaubenssätzen geprägt. Wir wollen wissen, was am BGE, also am Grundeinkommen wirklich dran ist. Entwickeln wir mehr Gemeinsinn, führt es zu weniger Burnout, ermöglicht es bessere Arbeit und mehr Weiterbildung? Treffen wir mutigere Entscheidungen? Haben die Menschen mehr Raum und Kraft, sich für eine lebenswerte Zukunft für alle einzusetzen?»

Das Grundeinkommen hat etwas für sich. Die Idee, dass keiner unter die Räder kommen soll, tönt gut. Wenn es – wie in Berlin – nicht einmal den Staat braucht, umso besser. Trotzdem überwiegen für uns die Gründe, welche für eine Ablehnung des Modellversuchs sprechen: Ungleiches wird gleichbehandelt. Das Grundeinkommen erhalten auch diejenigen, die es nicht brauchen. Zudem ist völlig unklar, wie das Grundeinkommen finanziert werden soll. Ginge es um eine private Spendenaktion, müsste der Kantonsrat nicht darüber befinden. Falls als Zielgruppe nur armutsbetroffene Menschen in Betracht gezogen würden, könnten wir uns allenfalls einen Pilotversuch vorstellen. Aber das ist hier gar nicht gefordert. Die EVP lehnt die definitive Unterstützung der EI ab.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Es klingt verlockend: Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen könnte man aufhören zu arbeiten oder zumindest das Pensum reduzieren und die gewonnene Zeit nutzen für sich selbst oder für die Gesellschaft. Doch da ist sehr viel Konjunktiv drin. Aus rein wissenschaftlichen Aspekten wäre ein solcher Modellversuch äusserst faszinierend.

Viele Ziele, die erreicht werden sollten, sind löblich. Doch kann ein BGE diese Probleme lösen, ohne gleich neue zu schaffen? Es gibt in vielen Ländern Versuche oder sogar Praxis, trotzdem lässt sich aber nichts direkt auf unsere Situation im Kanton Zürich und in der Schweiz übertragen. Ich möchte mich mit einer Reihe von Überlegungen und Argumenten beschäftigen, die uns Grünliberale letztendlich in der Summe dazu gebracht haben, die Initiative abzulehnen.

Wir haben heute mit unseren Sozialwerken und mit staatlicher Hilfe bereits ein Grundeinkommen für alle, die es brauchen. Doch es ist nicht bedingungslos und es ist nicht für alle gleich. Heute muss man den Nachweis des Anspruchs und des Bedarfs erbringen oder es muss sogar selbst vorher einbezahlt werden. Wie wäre es, wenn zukünftig alle gleich viel bekämen? Das würde die Administration vereinfachen. Doch sollen Leistung und Bedarf keine Rolle mehr spielen? Ein Tetraplegiker braucht definitiv viel mehr Geld als eine gesunde Arbeitslose, die für sich

selbst schauen kann. Wie würde man mit dieser Ungerechtigkeit umgehen? Wenn man sie dann wieder beseitigen würde, so wäre man schnell wieder beim heutigen System.

Würde sich die Armut reduzieren? Wohl kaum. Denn um die Schwächsten von heute besserzustellen, bräuchte es ein recht hohes Grundeinkommen, sicherlich mehr als die im Raum stehenden 2500 Franken pro Monat. Aspekt Arbeit: Damit die Gesellschaft funktioniert, muss Arbeit gemacht werden. Würde noch jemand unattraktive oder sehr gefährliche Jobs machen wollen, Toiletten reinigen, auf dem Schlachthof arbeiten? Und welchen Einfluss hätte das Grundeinkommen auf den schon vorhandenen Fachkräftemangel?

Das zentrale Thema ist die Finanzierung. Die Kosten wären sehr hoch – nur schon für einen Versuch. Denn diesen müsste man so ansetzen, dass eine genügend grosse Zahl, nämlich viele Tausende von Menschen, Grundeinkommen beziehen könnten. Es müsste eine Gruppe sein, die die Bevölkerung unseres Kantons abbildet, und das über Jahrzehnte, sonst kann man aus dem Versuch nicht viel lernen. Wenn man überlegt, dass man mit 1 Million Franken nicht einmal 20 Menschen ein Jahr lang ein Grundeinkommen auszahlen könnte, und das dann hochrechnet, so kommt man rasch in den Milliardenbereich. Woher käme dieses Geld? Die volkswirtschaftliche Auswirkung und der Arbeitsmarkt sind mit einem Versuch fast nicht zu erforschen. Das geht nur mit einer flächendeckenden Einführung.

Der aktuelle Zeitpunkt erschwert die Situation zusätzlich. Die Menschen haben Sorgen, haben Zukunftssorgen: Inflation, Energiekosten, Krankenkasse. Und wer solche Sorgen hat, stellt sich dann die Frage: Ist man bereit und akzeptiert, dass die einen in das System einzahlen und die anderen das System nutzen? Etwas ganz Wichtiges ist die Frage der Kinder und der zukünftigen Generationen. Heute ist es so, wir wissen: Wenn Kinder aus sozialhilfebeziehenden Familien stammen, dann haben sie ein erhöhtes Risiko, selbst auch in der Sozialhilfe zu landen. Das ist erforscht und man tut etwas dagegen. Wir arbeiten daran, dass sich das möglichst nicht vererbt. Hier müsste man dann ein Umdenken einleiten oder eben genau diesen Aspekt mit einem Versuch untersuchen, was aber dann sehr lange dauern würde, nämlich eine Generation oder zwei Generationen lang. Der Versuch ist äusserst interessant und faszinierend, aber aufwendig und teuer. Es handelt sich um eine Blackbox. Wir stimmen über eine Vorlage ab, deren Preisschild wir nicht im Geringsten kennen. Deshalb haben sich die Grünliberalen entschieden, dem Mehrheitsantrag zuzustimmen beziehungsweise das Geschäft abzulehnen. Trotzdem: Wir müssen daran arbeiten, dass Menschen, die Bedarf haben, nicht unverhältnismässig lange warten und demütigende Prozesse über sich ergehen lassen müssen. Das darf nicht sein. Da gibt es Verbesserungspotenzial. Und unattraktive Jobs müssen aufgewertet und besser bezahlt werden, denn unsere Gesellschaft braucht Menschen, die auch diese Arbeit machen. Ich danke Ihnen.

Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich): Diese Einzelinitiative wurde in der AL-Fraktion genauso kontrovers diskutiert wie in der Kommission. Auch bei uns gibt es divergierende Ansichten zum bedingungslosen Grundeinkommen. So finden

denn die einen, dass das bedingungslose Grundeinkommen, BGE, zu einer Anerkennung und Aufwertung der Care-Arbeit führe, den Betreuungsstress in den Familien reduzieren helfe und im bestmöglichen Falle auch die Sozialhilfe oder andere Sozialleistungen ersetzen sollte. Andere wiederum sehen überhaupt keinen emanzipatorischen Ansatz im BGE und fürchten eine ungünstige Konkurrenzierung der Sozialhilfe. Das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf könne mit anderen Mitteln besser erreicht werden. Verschiedene Versuche seien gescheitert. Daher hat die AL-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen, wobei sich eine Mehrheit zugunsten eines Modellversuchs ausspricht und daher der Kommissionsminderheit folgen wird.

Für mich persönlich ist die interessanteste Erkenntnis aus der vertieften Auseinandersetzung mit dieser Einzelinitiative, dass die bei uns drängendsten Fragen in anderen Ländern längst beantwortet sind und die positiven Studien in Studien belegt wurden. Provokativ gesagt: Es bräuchte die Modellversuche in der Stadt Zürich und im Kanton gar nicht, denn anderswo wurde bereits aufgezeigt, dass es funktioniert. Der grosse Knackpunkt hingegen scheint die Finanzierung zu sein. Wir wissen bereits heute, und das sage ich gerne zu Diego Bonato, wenn wir es den zur Kenntnis nehmen wollten, dass das bedingungslose Grundeinkommen nicht faul macht. Das mit der Antriebslosigkeit stimmt nicht. Gerne verweise ich daher auf Alaska, wo seit 1982 bereits alle Einwohner und Einwohnerinnen einen jährlichen Scheck als Grundeinkommen erhalten. Die Weltbank hält zu diesem Versuch Folgendes fest, ich zitiere: «Alles verfügbare Wissen weist darauf hin, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen zu keinen signifikanten Fehlanreizen bei der Arbeit führt.» Ausserdem hätten die Zahlungen die Wirtschaft stimuliert und über 7000 Jobs geschaffen. Ebenso gibt es positive Resultate bei der Verminderung der Armut und vielen anderen Faktoren.

Die Finanzierung ist anspruchsvoll, da sie von der jeweiligen Wirtschaftssituation im einzelnen Land abhängt. Und es muss aufgepasst werden, je nach Wirtschaftslage, dass nicht eine Inflation ausgelöst wird. Das ist bereits in gewissen Ländern passiert. Die gangbarsten Wege scheinen aktuell die Finanzierung über eine Einkommens- oder dann eine Mikrosteuer zu sein. Hier müsste weiter überlegt werden. Am allerwichtigsten ist aber der politische Wille, an diesem hapert in der Schweiz. Wir haben immer noch eine reduzierte Sichtweise von Arbeit. Generell wird sie mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt. Care-Arbeit zählt nicht, Freiwilligenarbeit auch nicht wirklich, obwohl regelmässig ihr jeweiliger volkswirtschaftlicher Wert berechnet wird. Der einzelne Mensch wird als Einzelkämpfer und als für sich allein verantwortlich angesehen. Dabei ist kein Mensch von der Wiege bis zur Bahre absolut selbständig, noch kann er für seine Bedürfnisse allein aufkommen. Wir sind soziale Wesen und auf andere angewiesen, erst zusammen sind wir stark. Es gibt in verschiedenen Ländern, auch in der Schweiz, Berechnungen, die aufzeigen, dass es mit den verbundenen positiven Nebeneffekten nur zu Mehrausgaben durch Personen mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum käme. Im besten Fall könnten wir die Sozialhilfe überflüssig machen, und die davon betroffenen Menschen sähen sich nicht mehr einer aufwendigen Bürokratie gegenübergestellt, vor der sie sich ständig rechtfertigen müssen, Danke, Urs Dietschi,

hier für dein Votum. Und der erwartete tiefere Verwaltungsaufwand müsste eigentlich für die bürgerlichen Parteien attraktiv sein.

Die Mehrheit der AL-Fraktion wird daher einem Modellversuch zustimmen und dem Minderheitsantrag folgen. Besten Dank.

Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil): Die Schweiz ist das erste Land der Welt, das 2016 über ein bedingungsloses Grundeinkommen abgestimmt hat. Schweizweit haben lediglich 23,1 Prozent der Vorlage zugestimmt. Die Geister sind aber nicht totzukriegen: Bereits läuft die Unterschriftenfrist für die nächste Initiative. Auch die Stadt Zürich möchte hier nicht hintenanstehen und stimmt am 25. September 2022 über einen Probe-Versuch ab. Hat sich aber seit 2016 etwas Grundlegendes verändert? Die Mitte meint: Nein. Es ist heute nicht die richtige Zeit, mit utopischen Rezepten und Experimenten zu beginnen, wir haben wahrlich andere Sorgen. Die Schweiz lebt von der Motivation ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, etwas im Leben selber zu erreichen, gestützt auf Eigenverantwortung, aber auch auf Solidarität. Diese beiden Grundsätze, Solidarität und Verantwortung, finden sich übrigens auch im neuen Logo der Mitte. Unser bisheriges System funktioniert noch heute gut. Hierzu braucht es kein staatlich garantiertes, existenzsicherndes Einkommen. Dies führt nur noch zu mehr Bürokratie und schlussendlich auch zu einer Aufblähung des Staatsapparates, weil das bewährte Sozialsystem ja nicht abgeschafft werden soll. Oder doch?

Die Mitte will genau das Gegenteil: Ein sozial verträgliches Vorgehen bedeutet, dass die Privatwirtschaft genügend Jobs bereitstellt, um mit Aus- und Weiterbildung die Bevölkerung zu befähigen, diese Jobs auszuführen und ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen. Wer diesen Schritt, aus welchen Gründen auch immer, nicht schafft, wird durch ein gut funktionierendes Sozialsystem aufgefangen. Ich gehe sogar einen Schritt weiter. Ein Grundeinkommen würde das Grundprinzip des heutigen Sozialsystems auf den Kopf stellen und im Extremfall zu einem Rückgang der bezahlten Arbeit führen, was den Wohlstand insgesamt reduzieren würde. Ich sage es klipp und klar: Das bedingungslose Grundeinkommen löst keine bestehenden Herausforderungen und schafft nur neue Probleme. Im Kanton Zürich haben wir es nicht nötig, uns in Utopien zu flüchten. Die Mitte lehnt daher die Einzelinitiative ab. Besten Dank.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Sehen Sie es als Kontrapunkt: Das Grundeinkommen wird eine Notwendigkeit werden und sämtliche Industrienationen werden es in den kommenden Jahrzehnten einführen. Das ist nicht als Provokation gedacht, auch nicht als persönliche Träumerei, es ist die Analyse von diversen Zukunftsforschern und Ökonomen, unter anderem Robert Reich, dem ehemaligen Arbeitsminister der USA. Es wird eine Notwendigkeit werden, weil sich die Arbeitswelt in den kommenden 20, 30 Jahren nochmals drastisch ändern wird.

Wir Grüne teilen die Einschätzung des Einzelinitianten, Herrn Kaltenrieder, in Bezug auf die Industrialisierung 4.0. Prinzipiell wird seit der Industrialisierung die menschliche Arbeit durch Maschinen, Roboter und bald auch durch KI

(*Künstliche Intelligenz*) ersetzt. Gerade Letzteres bringt einen epochalen Technologie-Sprung. Je gewaltiger die Rechenleistung moderner Computer wird, desto effektiver und kostengünstiger lässt sich viel Arbeit von Maschinen ausführen. Die entscheidende Frage ist: Wie viel menschliche Tätigkeit wird durch die Technik erleichtert und wie viel wird langfristig ersetzt werden. Eine Studie – eine kleine Studie ist es nicht – von der Oxford University, Osborne (*Michael Osborne*) und Frey (*Carl Benedikt Frey*), haben berechnet, welche Berufe in Zukunft aufgrund der Mechanisierung, Digitalisierung, Robotik und KI mehr oder weniger automatisiert werden. In Industrienationen wie den USA werden 47 Prozent aller Arbeitsplätze automatisiert werden in den kommenden 20 Jahren. Nachfolgende Studien – die erste Studie ist aus dem Jahr 2013 – belegen noch höhere Zahlen. Eine Studie der London School of Economics und Political Science errechnet eine Beschäftigungslage für das künftige Europa. Hier wird der Verlust von Arbeitsplätzen auf 54 Prozent beziffert. Stark betroffen werden für einmal nicht die handwerklichen Berufe wie in der Vergangenheit, der Fabrikarbeiter – «Modern Times» (*Film des britischen Schauspielers und Regisseurs Charlie Chaplin*) lässt grüssen –, sondern eben Angestellte in Banken, Versicherungen, Buchhalter, Makler, Rechtsanwaltsgehilfen et cetera, et cetera. Ein Beispiel: Die Software Watson von IBM (*Internationaler IT-Konzern*) erledigt innert Sekundenschnelle die vorher aufwendige und wochenlange Recherchearbeit im Bereich der Versicherungen und der Justiz. Watson macht dies mittels selbstlernender Sprach-, Bild- und Textanalysen und macht diverse Berufe im hohen Lohnsegment obsolet. Eine Studie von McKinsey (*internationale Unternehmensberatungsfirma*) berechnet für die britische Finanzindustrie in absehbarer Zeit von kommenden zehn Jahren einen Verlust von einer halben Million Arbeitsplätze. Ich erinnere: In der Region Zürich bietet der Finanzsektor Arbeitsplätze für 92'000 Personen, die Volkswirtschaftsdirektion sollte eigentlich alarmiert sein. Was prinzipiell automatisierbar ist und als solches erkannt wird – Kindergärtnerinnen werden bestimmt nicht durch Roboter ersetzt –, wird über kurz oder lang von Maschinen geleistet werden. Hinzu kommt, dass 40 Prozent aller Büroangestellten in den westlichen Ländern ihre Arbeit für sinnlos halten und als überflüssig einschätzen, nachzulesen in – entschuldigen Sie den Begriff – «Bullshit-Jobs» von David Graeber. Die Arbeitsgesellschaft ist langsam am Ende und ändert sich in eine Sinnengesellschaft. Früher war die Arbeit Mittelpunkt des Lebens, ob wir es wollten oder nicht. Die wachsende Sinnengesellschaft fragt sich: Was will ich vom Leben, von der Arbeit, und wie viel von dem will ich wirklich? Die global geführte Diskussion um kürzere Arbeitszeiten zeigt es auf, und das Silicon Valley wird uns auch hier weit voraus sein. Die Industrialisierung 4.0 ist nicht klein, nicht harmlos, nichts, dass man mit den ökonomischen Mitteln der Hausapotheken des alten Sozialstaates mehr oder weniger gut verarzten könnte. Wir «pflästerlen» immer am bestehenden System herum und hinken trotzdem immer hinterher, anstatt neue Ideen zu wagen, welche dringend notwendig sein werden. Dafür braucht es eben langjährige Vorbereitung, und sicherlich wäre ein kleiner Modellversuch, den wir hier im Kanton Zürich durchführen könnten, ebenso sinnvoll. Das bedingungslose Grundeinkommen ist nicht die Alternative zur Arbeit,

es ist die Alternative zum Arbeitszwang. Die allermeisten Menschen würden weiterarbeiten, aber vielleicht weniger. Wer von Ihnen würde mit einem Grundeinkommen aufhören? Wohl niemand. Wir alle würden sagen «ja, aber die anderen, die hören auf, die sind faul». Fragen wir die anderen, sagen sie dasselbe über uns. Fragen wir doch einfach die aktuellen Grundeinkommensbezüger, die es schon gibt in der Schweiz, fragen wir die Rentner: Liegen die Rentner die ganze Zeit im Bett und sind faul? Weil sie nicht mehr gleich gebraucht werden, weil sie keine bezahlte Arbeit mehr haben, gibt ihr Leben weniger Sinn? Nach zwei Worte zur ablehnenden Einschätzung des Regierungsrates: Sie ist etwas tröge, uninspiriert und auch mutlos ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Aufgrund der diversen Anhörungen in der Kommission sind wir zu folgender ablehnender Schlussfolgerung gekommen: Wir sehen das Hauptproblem in der Bedingungslosigkeit. Was macht das mit den Menschen in einer Gesellschaft, in der der Grundsatz von Geben und Nehmen, Fördern und Fordern verankert ist? Es würde den Steuerwiderstand stärken. Steuermoral und Arbeitsmoral sinken und würden schrittweise erodieren und somit Gelder fehlen. Die Solidarität nähme ab und würde gänzlich verschwinden. Angebot und Nachfrage würden gar nicht berücksichtigt werden. In wohlhabenden Ländern macht es keinen Sinn, sondern, wenn überhaupt, dann in Ländern, wo 90 Prozent der Bevölkerung in Armut leben, und dort wo kein Sozialsystem existiert. Es könnten daraus auch immer wieder neue Forderungen entstehen, wie etwa zum Beispiel: In der Stadt Zürich ist es teurer als auf dem Land.

In der Schweiz gibt es bereits Unterstützung mit dem Charakter eines Grundeinkommens: die Kinderzulage, Bildungszulagen, AHV, ALV, IV. Diese Bedingungen und Sozialwerke aufzugeben, das wäre sehr teuer. Wir finden, das aktuelle System ist zielführender. Dann auch die Frage der Finanzierbarkeit: Es wird heute schon immer schwieriger, die Sozialwerke in Verbindung mit der Arbeitsleistung am Leben zu erhalten. Wir haben keine Ressourcen wie Öl, Gas und so weiter, aus welchen Geld umverteilt werden könnte, sondern die Bildung ist unser höchstes Gut. Wo bliebe dann noch die Motivation zur Bildung? Wir wollen keine Politik machen, um dieses Gut zu gefährden.

Fazit: Wir haben funktionierende Sozialsysteme und es braucht keine Spielwiese für Experimente mit unsicherem Ausgang. Auch wollen wir nicht noch zusätzliche Anreize für Migranten und Wirtschaftsflüchtlinge schaffen. Wir lehnen ab.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Wir müssen die Marktwirtschaft nicht retten, wie das eingangs gesagt worden ist. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen schaffen wir das sowieso nicht. Was mich erstaunt, ist, dass niemand heute sich daran erinnert, dass wir ja einen Versuch gehabt haben, einen misslungenen Versuch allerdings, das ist offensichtlich vergessen gegangen oder wird unter den Tisch gewischt. Man hat das in Rheinau machen wollen, 2500 Franken hätte jede Bewohnerin, jeder Bewohner erhalten sollen, der beim Versuch mitmacht. Das war vor vier Jahren ein Thema. Offensichtlich ist das vergessen gegangen oder

eben, man will sich nicht mehr daran erinnern. Bereits die Finanzierung des Projektes ist damals gescheitert. Lediglich 150'000 Franken von angestrebten 6 Millionen sind zusammengekommen. Und hier liegt doch genau das Problem: Ein bedingungsloses Grundeinkommen müssten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanzieren, und zwar eben bedingungslos. Die Idee ist eine Träumerei und Träumereien platzen.

Eigenverantwortung soll im Vordergrund stehen. Bereits bei der Finanzierung des Grundeinkommens wird klar, dass die Idee ein Luftschloss ist. Die Idee kann nur mit Umverteilung finanziert werden. Was mit Personen geschieht, die mit dem Grundeinkommen dann nicht auskommen und keiner Arbeit nachgehen wollen oder können, bleibt dann offen. Und weshalb sollte eine Person in Teilzeitanstellung mit dem Grundeinkommen dann überhaupt noch arbeiten gehen? Es ist gesagt worden, unsere heutigen Sozialwerke basieren einerseits auf Solidarität mit jenen, die aus irgendeinem Grund nicht arbeiten können. Andererseits aber leben sie davon, dass alle wissen, dass sie auch durch dieses Netz aufgefangen werden. Und dieser Zusammenhalt ist auch entscheidend für das Weiterbestehen.

Zum Schluss noch ein Gedanke, der auch noch nicht geäussert worden ist: Wir haben derzeit eine rekordtiefe Arbeitslosigkeit: 2 Prozent in der Schweiz und 1,7 Prozent im Kanton Zürich. Es herrscht Fachkräftemangel. Jeder und jede wird gebraucht. Das wird auch in naher Zukunft so sein. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre also auch mit Blick auf den Fachkräftemangel wahrscheinlich keine gute Idee. Und es geht eben darum, dass wir uns für die Berufsbildung engagieren. Und wenn wir Jobs in der Berufsbildung schaffen, unsere jungen Leute dazu motivieren, sich dort zu engagieren, dann werden sich all diese Fragen, die wir jetzt diskutiert haben, weniger stellen.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Ich bin ein bisschen überrascht, wie defensiv die Rechte auf dieses bedingungslose Grundeinkommen reagiert. Wir hören hier, die Berufsbildung sei zu verbessern. Das ist überhaupt kein Gegensatz, da bin ich sehr dafür. Dann wird gesagt, dass die Finanzierung ein Problem sei. Ja, das stimmt natürlich, aber wir dürfen nicht vergessen: In der Schweiz, auf der Welt wird mehr mit Kapitalien verdient jährlich. Die Einkommen über Kapitalien sind grösser als über Löhne. Also, das Geld wäre irgendwie zu finden, auch die Finanzierung müsste irgendwie zu finden sei, wenn ja die Kapital-Einnahmen grösser sind als die durch Arbeit, es ist auch ein Indiz, dass die Arbeit eben an Stellenwert irgendwie verliert. Es verliert an Stellenwert. Und dann geht es hier nun um einen Versuch. Der Versuch müsste gestartet werden. Und wenn der Kollege Kläy sagt, in Rheinau sei das gescheitert, dann ist das also ein bisschen defätistisch. Wie ausgedenkt wurde dieser Versuch gestaltet? Da wurden eben nicht die Mittel gesprochen, da hat man nicht mit der nötigen Seriosität diesen Versuch vorbereitet. Und ich war schon vor 20 Jahren in der Sozialhilfe tätig, als Präsident der Einsprachebehörde in der Stadt Zürich, als noch die BMWs brannten (*Anspielung auf den 1. Mai 2007, als ein bei der Nach-Demonstration in Brand gesetzter BMW einem Sozialhilfebezüger gehörte*) und so weiter. Die Sozialhilfe ist ein wichtiges Sicherungssystem und es ist die letzte Masche, die wir in der Schweiz haben. Aber auch

da sollten wir weiterdenken und das ist zu reformieren. Und von den Rechten und von der SVP vor allem wird ja häufig über die Sozialindustrie geflucht, was da alles für Geld verschwendet wird. Auch da sollte man überlegen, was optimiert werden kann. Auf jeden Fall ist so ein bedingungsloses Grundeinkommen für einen Teil der Menschen gedacht, die bei all diesen interessanten Stellen, die ja jetzt im Kanton Zürich geschaffen werden, nicht teilnehmen können. Wir haben diesen Fachkräftemangel. Leider sind nicht alle Personen geeignet, diese hochinteressanten Stellen zu besetzen, wobei ich das ein bisschen relativieren möchte. Denn wir haben heute eine Spezialisierung, die zur Folge hat, dass nicht jede Stelle oder jede Arbeit immer so wahnsinnig spannend, interessant ist. Früher beim Generalistentum war das ein bisschen abwechslungsreicher als wenn wir heute einfach ein «Fachdubeli» spielen müssen.

Also ich würde euch doch ermuntern, dass ihr diesem bedingungslosen Grundeinkommen eine Chance gebt. Wenn der Kanton Zürich, der ein aktiver Wirtschaftskanton und Wirtschaftsmotor ist, wenn wir sogar Angst haben, solche Versuche zu starten und zu untersuchen, wer soll es denn sonst machen? Es ist ein bisschen eine defensive Haltung der bürgerlichen Parteien, und Herrn Bonato – er wird ja gerade noch einmal kommen — habe ich sehr ideologisch sprechen hören, dass das ein marxistischer Vorstoss sei oder so, also das ist wirklich traurig. Wir sollten ein bisschen offener sein, was die Zukunft der Arbeit und die Zukunft des Zusammenlebens in unserem Kanton betrifft. Nehmen Sie diesen Vorstoss bitte an.

Diego Bonato (SVP, Aesch) spricht zum zweiten Mal: Ich muss noch etwas sagen zu Zwang und Zwängerei und zur volkswirtschaftlichen Auswirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens: Es war im Kommunismus eine Anekdote. Nikita Chruschtschow (*Ministerpräsident der ehemaligen Sowjetunion*) galt eine Zeitlang als der mächtigste Politiker der damaligen kommunistischen Partei der Sowjetunion. Er redete jeweils drei bis sechs Stunden zum Parlament. Und mein Vater, er war Arbeiter, ausgebildeter Schreiner, erzählte mir seinerzeit, dass dieser Chruschtschow in den 60er-Jahren an einer UNO-Vollversammlung einen Wutanfall hatte. Chruschtschow klopft doch tatsächlich mit dem ausgezogenen Schuh auf das Rednerpult, auf dass die Welt verstehe, dass der Kommunismus das einzig Richtige sei. Die Erzählung meines Vaters machte mir nur Angst, ich war damals noch ein Kind. Heute verstehe ich, wieso ich es mit der Angst zu tun bekam. Jeder, der Arbeit und Eigentum hat: «Her mit dem Geld, wir verteilen es allen!» Das ist ganz grundsätzlich die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Geschätzte SP, Grüne und AL, ihr habt uns mit der Überweisung der vorliegenden Einzelinitiative gezwungen, über eine Utopie zu philosophieren, die im realen Leben bitter gescheitert ist, nämlich im Kommunismus; so sehe ich das. In der Kommission haben wir eine Anhörung nach der anderen vorgeschlagen bekommen, um nochmals zu philosophieren und nochmals zu philosophieren, ganz so, wie wenn, wenn man nur genug lang das Hirn gewaschen bekommt, die Utopie besser wird. Hier muss ich sagen: Die Vertreterinnen und Vertreter der GLP und der EVP, ihr habt bei den Beschlüssen zu den Anhörungen gar willfährig mitgemacht. Über eine Utopie darf man doch lange und genüsslich reden, man muss doch offen sein für

Utopien, nicht wahr? Das schimmert bei euch klar durch. Liebe GLP und EVP, verfolgt ihr auch sonst andere Utopien wie die SP und die Grünen und die AL? Das frage ich euch. Die Anhörungen waren alle mit Sozialwissenschaftlern und Professoren, die ihr Geld mit der Erforschung des Menschenverhaltens verdienen. Wir Kommissionsmitglieder von der FDP und der SVP mussten ungläubig zuhören, wie beschönigend alles dargestellt wurde. Dass unsere Zürcher Wirtschaft mit einem bedingungslosen Grundeinkommen geradezu vernichtet wird, kam von professoraler Seite nicht zum Zuge. Die Arbeitsleistung sinkt insgesamt. Man will nur noch Teilzeit arbeiten. Wie kann man das ausgleichen? Die Zuwanderung in den Kanton Zürich müsste massiv zunehmen, um die produktive Leistung auf dem gleichen Niveau zu halten. Eine Generation später – 20 Jahre sind das – und unsere Wirtschaft liegt darnieder. Arbeitsleistung ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren der Schweiz und des Kantons Zürich. Und dass man damit Eigentum erlangt, ist mehr als richtig. Das Eigentum ist ein wichtiger Grundwert unserer freien Gesellschaft. Schützen wir das Eigentum!

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir haben jetzt einiges gehört über Menschenbilder und Moral und ob Menschen faul seien oder nicht faul seien. Und ich möchte einfach gerne noch einmal daran erinnern, was die Grundsatzfrage ist beim Grundeinkommen. Und ich hoffe, dass ein Konsens hier drin ist, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben haben können sollten und dass ihre Bedürfnisse decken können. Die Frage ist einfach, wie geht man daran heran? Wir haben aktuell ein System mit Sozialhilfe et cetera, an das viele Bedingungen geknüpft sind und wo man sich oft teilweise recht erniedrigenden Kontrollmechanismen unterwerfen muss. Und das Grundeinkommen sagt einfach: Nein, wir geben das allen Menschen bedingungslos und Menschen wissen am besten selbst, wie sie dieses Geld nutzen möchten. Das ist nicht eine Ideologie, sondern einfach eine andere Herangehensweise.

Dann zu den Zahlen, lieber Diego Bonato, wir müssen uns natürlich dringend über die Finanzierung unterhalten, das ist völlig klar, aber wenn, dann sollte man, finde ich, da schon mit seriösen Zahlen operieren. Du hast uns vorgerechnet, dass der Bedarf ein Mehrfaches des Budgets des Kantons Zürich ausmachen würde. Aber Sachen wie die AHV würden zum Beispiel wegfallen. Das wird ja dann abgedeckt durch das bedingungslose Grundeinkommen, und aus aktuellem Anlass (*am 25. September 2022 findet die Volksabstimmung über eine AHV-Revision statt*) kommen ja sehr schnell die Zahlen zur AHV. Die Kosten sind pro Jahr etwa 50 Milliarden, ein Fünftel für den Kanton Zürich. Das sind dann also 10 Milliarden Franken, die dort schon mal wegfallen. Für die Sozialhilfe werden im Kanton Zürich etwa 500 Millionen Franken pro Jahr ausgegeben, auch das würde ja dann wegfallen.

Noch kurz zur Frage, ob die Leute weniger arbeiten würden: Ja, vielleicht würden die Leute weniger Erwerbsarbeit nachgehen. Das möchte ich auch noch betonen, es geht um Erwerbsarbeit, sehr viel Care-Arbeit erscheint ja gar nie in Lohnstatistiken. Insgesamt würde die Produktivität aber nicht sinken, und zu dieser Überzeugung komme ich als Sozialpsychologin und nicht, weil ich irgendwie Marx

verfallen bin oder mein Menschenbild aus dem Protestantismus beziehe, sondern ich behaupte wirklich: Das wäre weniger so. Und um euch das beweisen zu können, brauchen wir diesen Versuch.

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Ich habe ein paar Fragen zu Florian Heer und diesen grünen Fantasien. Er zitiert Studien von Oxford und anderen Zukunftsforschern weltweit. Die Fragen: Wollen wir denn ohne Not eine solche Zukunft, welche da beschrieben wird? Wollen wir, dass wir in Zukunft von der digitalen Intelligenz gesteuert werden? Wollen wir tatenlos zusehen, wie die Utopien von Silicon Valley, dem digitalen Komplex, von Klaus Schwab (*deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Gründer des World Economic Forum*), einem erklärten Eugeniker, beschrieben wird? Dies wäre eine menschenfeindliche Zukunft. Ich glaube nicht, dass das Volk dies mittragen wird. Herzlichen Dank.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Ich erlaube mir, noch einmal zu sprechen, nicht in meiner Rolle als STGK-Präsident, sondern als Ratsmitglied. Ich erlaube mir, zwei Praxisbeispiele zu nennen, welche mich zur Erkenntnis gebracht haben, dass es diesen Versuch nicht braucht. Erstes Beispiel, ein internationales Beispiel, der Inselstaat Nauru. Die Bewohner von Nauru lebten in den 70er-Jahren in Saus und Braus aufgrund des Umstandes, dass auf der Insel sich Vogelkot angesammelt hat, welcher als Düngemittel exportiert werden konnte. Allein 1974 nahm der Ministaat, bestehend aus 8000 Einwohnern, aus dem Phosphatabbau 450 Millionen Franken ein – pro Kopf 50'000 Franken. Das Land war in den Siebzigerjahren das reichste Land der Welt. Heute, 30 Jahre später, nachdem diese Quelle versiegt ist, ist es ein Entwicklungsland. Und das sollte uns doch zu denken geben, ob dieses bedingungslose Grundeinkommen wirklich der richtige Motivator ist. Wir müssen aber nicht nur nach Nauru schauen, wir können auch ins Inland schauen, in den ersten Frühling der Pandemie (*Corona-Pandemie*). Damals sassen Tausende Menschen zu Hause, finanziert von Arbeitgebern oder der öffentlichen Hand. Und ich frage sie, wo waren die damals fehlenden Erntehelfer? Wer hat sich darum bemüht, dass Lebensmittel geerntet werden statt im Boden zu verrotten? Gibt es jemanden hier drin, der sich ehrenamtlich, ohne Entlohnung damals im besagten Frühling gebückt hat auf dem Feld? Ich sehe keine Hand, welche erhoben ist. Und insofern sind wir hier drin das beste Beispiel, dass das bedingungslose Grundeinkommen offenbar nicht funktioniert. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Vieles wurde schon gesagt. Mir sind drei Punkte aufgefallen in der Argumentation, erstens: Wenn Sie die Einzelinitiative lesen, dann wird das Ganze mit der Begründung hergeleitet, die Digitalisierung werde mehr oder weniger zur Massenarbeitslosigkeit führen, werde die Industrie umstrukturieren. Wir werden keine Arbeit mehr haben, also brauchen wir das bedingungslose Grundeinkommen. Nun, ich glaube, im Moment – wir sind ja kein Auswanderungsland – fehlt Personal an allen Ecken, von Hochqualifizierten bis zu völlig Unqualifizierten. Und manchmal habe ich das Gefühl, die sind während Corona in ein Loch gefallen, die sind einfach irgendwie nicht mehr da. Wir haben

echt ein Problem mit zu wenigen Menschen, die Arbeit ausführen könnten, die ja da wäre. Also wäre es völlig absurd, wenn wir sagen, «ja jetzt arbeiten wir ein bisschen weniger», denn wir haben heute schon Probleme.

Der zweite Punkt, der meistens untergeht, Selma hat ihn am Schluss noch am Rande erwähnt im Zusammenhang mit der AHV: Man liest es auch in der Begründung der Einzelinitiative, da wird abgewogen: die heutigen sozialen Sicherungssysteme versus das bedingungslose Grundeinkommen. Nun, ein nicht unwesentlicher Teil Ihrer Klientel arbeitet in diesen Betrieben. Im Stadtzürcher Sozialdepartement arbeiten 2300 Personen. Rechnen Sie das mal hoch und dann noch die kantonalen Systeme und die nationalen Systeme. Ja, ist denn die Aussage, dass all diese Jobs ersatzlos abgebaut werden? Ich sehe jemanden nicken, aber verkaufen Sie das bitte Ihrer Klientel, wir reden von Zehntausenden von Jobs.

Und der letzte Punkt: Da wird so nonchalant gesagt: Ja, ein bisschen mehr Teilzeit, ein bisschen weniger Arbeit, ein bisschen weniger verdienen. Nun, wir sind im Moment in der Lohnrunde mit den Gewerkschaften, und da wird um jedes Prozent gefeilscht. Und man hat nicht wirklich den Eindruck, dass die Gewerkschaften bereit wären oder eben linke Kreise bereit wären, auch nur auf 1 oder 2 Prozent des Wohlstands zu verzichten. Nein, man will alles haben, man holt das Maximum raus. Und da finde ich es ein bisschen verlogen, wenn man dann plötzlich kommt und sagt: Ja, ein paar Prozent weniger arbeiten und verdienen ist kein Problem. Dann machen Sie es. Sie können ja auch nur 80 Prozent arbeiten. Es zwingt Sie niemand, 100 Prozent zu arbeiten. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Wort wird weiter nicht mehr gewünscht. Die Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Kommissionsmehrheit hat den Antrag auf Ablehnung der Einzelinitiative gestellt. Dies ist einem Antrag auf Nichteintreten gleichzustellen.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Davide Loss gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 53 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die Einzelinitiative KR-Nr. 8/2020 abzulehnen.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.